

# Luzerner Tagblatt

Der unverbesserliche  
Otto Hürlimann

Die «Florida»-Affäre  
vor dem Nationalrat

Kampfliste im Dekanat Sursee 13



Natürlich: Carnaby-Street

Endlich hatte ein Modeschöpfer eine wirklich neue Idee. Henry Moss kreierte den Hosenrock für Ehepaare und leistete damit nicht nur einen wesentlichen Beitrag an die Mode- und Bekleidungskultur unseres Jahrhunderts, sondern schuf gleichzeitig ein Bekleidungsstück, das Ehepaare eine ins Gewicht fallende Einsparung erlaubt, denn statt vier müssen in Zukunft nur noch drei Hosenbeine angefertigt werden. Ob die Erfindung allerdings weltweite Verbreitung finden wird, ist angesichts der offensichtlichen Unbequemlichkeit nicht sehr wahrscheinlich. Im übrigen stammt die verrückte Idee natürlich aus Londons Carnaby-Street, wo die extravagantesten Boutiquen der Welt zu finden sind und wo die Jugendmode unserer Zeit weitgehend «gemacht» wird. Was man selten weiß: 80 Prozent der Geschäfte an der Carnaby-Street gehören ein und demselben Unternehmer. **ASL**

## Unterhaus: Abschaffung der Todesstrafe

Das britische Unterhaus hat mit 343 gegen 185 Stimmen die endgültige Abschaffung der Todesstrafe beschlossen - Das Oberhaus nimmt am Donnerstag Stellung.

London, 17. Dez. ag. (DPA) Das Londoner Unterhaus schickte in der Nacht zum Mittwoch den Henker für immer in Pension. Es stimmte nach zweitägiger Debatte dem Antrag der Labour-Regierung auf endgültige Abschaffung der bisher nur versuchsweise bis zum 31. Juli 1970 ausgesetzten Todesstrafe mit 343-Stimmen gegen 185 Stimmen zu. Für die Abschaffung stimmten in freier Gewissensentscheidung und ohne Fraktionszwang auch Abgeordnete der konservativen Opposition, die in dieser Frage tief gespalten ist.

Das Unterhaus hatte noch am Montag einen Mißbilligungsantrag der Konservativen abgelehnt, in dem der Regierung vorgeworfen worden war, überhä-

stet vorzugehen und den Henker schon vor Auswertung aller Statistiken über das Für und Wider der Todesstrafe abzuschaffen.

Das parlamentarische Ringen ist damit aber noch nicht zu Ende. Der Beschluß des Unterhauses muß vom Oberhaus sanktioniert werden, das am Donnerstag über einen Antrag des früheren konservativen Ministers Lord Brooke befanden wird, die endgültige Abschaffung bis zur Vorlage der gesamten Jahresstatistik 1969 zu vertagen. Sollten sich die konservativen Lords durchsetzen und den Beschluß der unteren Kammer blockieren, wäre das Vorhaben von Labour gescheitert, das Thema Todesstrafe aus dem beginnenden Unterhauswahlkampf herauszuhalten.

## Nach Griechenlands Ausscheiden aus dem Europarat

### Athener Machthaber lassen sich nicht beirren

Von unserem Südosteuropa-Korrespondenten

Offener Zorn und die Manifestierung eines verletzten Nationalstolzes sind in der trotz Aufhebung der Zensur in ihrer Meinungsäußerung immer noch stark eingeschränkten griechischen Presse die allgemeine Reaktion auf den Rückzug aus dem Europarat, welcher vom Pressebüro des stellvertretenden Ministerpräsidenten Pattakos als Folge einer Intervention ausländischer Mächte in die inneren Angelegenheiten des Landes gebrandmarkt wurde.

Vor einem Jahr, als es noch nicht ernst galt, sprach man in Athen immer verächtlich von dem «Kaffehausklub in Straßburg», wenn vom Europarat die Rede war. Zu dieser Tonart ist man jetzt nach dem endgültigen Bruch wieder zurückgekehrt, und um die Niederlage in Paris fürs Volk verdaulicher zu machen, weist man darauf hin, daß der Europarat praktisch gar keine Bedeutung habe. «Daß Hellas zum Verlassen der Organisation gezwungen wurde, ist kein Schlag für unser Land, wohl aber für die Einheit Europas», schreibt das traditionelle königstreue Blatt «Akropolis». Sehr hochtrabende Töne werden in der «Nea Politia», dem Sprachrohr der Regierung, angeschlagen: «Griechenland gab jenen, die dumm genug waren zu glauben, daß sie dieses Land erniedrigen könnten, eine Ohrfeige. Sie machen sich Illusionen, wenn sie glauben, daß der Auszug nachteilige Auswirkungen für Hellas haben werde. Dieser wird die innenpolitische Entwicklung hier in keiner Weise beeinflussen, und Griechenland wird auf dem beschrittenen Weg seinen Kurs unbeirrt weiterverfolgen.

Man versucht, die Unterstützung des Auschlussantrages durch elf europäische Nationen als eine feindselige Haltung gegen Hellas darzustellen und verschweigt geflissentlich, daß sich die Aktion nicht gegen das Land, sondern gegen das undemokratische Regime in Athen richtete. Unter der großen Masse der griechischen Bevölkerung, die den regierenden Obersten apathisch gegenübersteht, herrscht tatsächlich auch vielfach der Eindruck, daß von der Maßnahme Griechenland ebenso sehr betroffen wird wie das Regime. Nicht dieses, sondern Hellas als Ganzes wird in der griechischen Presse als Opfer einer feindseligen Kampagne verblendeter politischer Kreise und — wie es in der Zeitung «Estia» heißt — marxistischer Regierungen Westeuropas hingestellt. Unter Hinweis auf eine durch Tausende von Telegrammen erfolgte Solidaritätsbezeugung gegenüber dem Ministerpräsidenten Papadopoulos versucht man aus dem Rückzug aus dem Europarat eine nationale Angelegenheit zu machen und die nationalen Gefühle des Volkes aufzuputschen, indem das Verhalten Griechenlands in Paris mit dem

historischen «Ochi» (Nein) charakterisiert wird, welches 1941 der damalige Diktator Metaxas dem italienischen Duce auf die Aufforderung zur Kapitulation entgegenschleuderte.

Die Mehrheit des Volkes sieht die Dinge aber kaum so. Nüchtern denkende Griechen sind sich im klaren, daß das Ausscheiden aus dem Europarat die Folge der zweieinhalbjährigen Militärdiktatur ist, durch welche sich Hellas zur Mehrheit der demokratischen Länder Westeuropas in Gegensatz gestellt hat. Die Loslösung von der Gemeinschaft der freien Nationen, mit welchen Griechenland kulturell, militärisch und wirtschaftlich engstens verbunden ist, wird nicht auf die leichte Schulter genommen. Der kleine Mann ist sich bewußt, daß sich sein Land unter dem gegenwärtigen Regime nun von den Nationen, die zu seinen besten Freunden zählten und heute — wie Großbritannien, die deutsche Bundesrepublik und die skandinavischen Staaten — als Feinde bezeichnet werden, noch weiter isoliert hat. Er legt sich Rechenschaft ab, daß das auf die Dauer nicht so bleiben kann. Die dem Regime kritisch oder ablehnend gegenüberstehenden Griechen, die unter vier Augen nur vorsichtig äußern, was sie von dem Austritt aus der europäischen Gemeinschaft halten, machen sich hinsichtlich der Auswirkungen auf die innenpolitische Entwicklung allerdings keine Illu-

sionen. Sie haben nur eine kleine Hoffnung, daß die in Paris erlittene Niederlage zu einer rascheren Wiederherstellung der politischen Freiheiten beitragen wird.

Im Augenblick läßt sich gar nicht sagen, ob die Machthaber in Athen jetzt mit den Maßnahmen zur Normalisierung der politischen Verhältnisse rascher vorwärtskommen oder im Gegenteil die Schraube wieder stärker anziehen werden. Kurzfristig können sie jedenfalls nicht auf einen durchgreifenden Liberalisierungskurs umschalten, weil sie dann ihr Gesicht verlieren würden. Letztlich hängt wohl viel davon ab, welche Folgenungen die USA und die dem Athener Regime ungünstig gesinnten Mitgliedstaaten des Europarates aus der durch den Rücktritt Griechenlands neugeschaffenen Lage ziehen werden.

Auf das Verhältnis zur Nato wird der Bruch mit der europäischen Gemeinschaft — wie Außenminister Pipineis erklärte — keinerlei Einfluß haben. Aus verständlichen Gründen: Für die westlichen Verbündeten und im besonderen die USA bildet Griechenland mit seiner wichtigen strategischen Lage einen unentbehrlichen Bestandteil ihres Verteidigungssystems. Das geographisch exponierte Hellas, das an drei kommunistischen Länder grenzt, braucht andererseits selbst den schützenden Arm der Nato. **Arthur M. Stierli, Athen**

## Mailänder Bombenleger Anarchisten?

«Die Kobras» Pietro Valpreda offiziell der Beteiligung beschuldigt - Weiter acht Verdächtige in Haft

Rom, 17. Dez. (UPI) Eine Gruppe italienischer Anarchisten steht unter dem Verdacht, die Bombenanschläge vom vergangenen Freitag in Mailand und Rom verübt zu haben. Ein Haftrichter in Rom stellte den als «Die Kobras» bekannten ehemaligen Tänzer Pietro Valpreda offiziell unter die Beschuldigung, an dem Anschlag auf die Landwirtschaftsbank in Mailand beteiligt gewesen zu sein, bei dem 14 Menschen getötet und zahlreiche Personen verletzt wurden. Zur gleichen Zeit waren in Rom Bomben in einer Bank und am Grabmal des unbekanntes Soldaten ex-

plodiert, die 14 Menschen verletzten. Aus Kreisen der Polizei verlautet, daß weitere acht als Anarchisten bekannte Studenten und Arbeiter unter dem Verdacht der Beteiligung an den Verbrechen in Haft sind.

Dem 36jährigen Valpreda wurde die Mitwirkung an der Tat in Mailand zur Last gelegt, nachdem ihn ein Taxifahrer bei einer Gegenüberstellung in Rom als den Mann identifiziert hatte, den er kurz vor der Explosion zur Landwirtschaftsbank fuhr. Der Taxifahrer sagte aus, Valpreda habe einen schweren Koffer in die Bank getragen und sei wenig später mit leeren Händen herausgekommen. Nach Angaben der Mailänder Polizei gehörte Valpreda der gleichen Anarchistengruppe an wie Giuseppe Pinelli (41), der sich am Dienstagvormittag während eines Verhörs aus dem vierten Stock des Mailänder Polizeipräsidiums stürzte und wenig später starb.

Die Polizei teilte mit, daß in Valpredas Auto Aufzeichnungen mit chemischen Formeln gefunden wurden, die möglicherweise zur Herstellung von Sprengstoff dienten. Außerdem wurden in einer Wohnung, die er gelegentlich benutzte, Pläne der Landwirtschaftsbank gefunden. Valpredas Name stand auf einer Liste von Personen, die unmittelbar nach dem Anschlag zum Verhör bestellt wurden. Eine Gruppe unter dem Namen «Anarchisten von Mailand» gab am Dienstag eine Erklärung heraus, in der alle Vorwürfe gegen den ums Leben gekommenen Pinelli als «reiner Unsinn» bezeichnet wurden. Pinelli wurde als «kommunistischer Anarchist» bezeichnet. «Jene, die ihn verfolgten und beschimpften, sind für seinen Tod verantwortlich», erklärte die Gruppe. «Für jeden Anarchisten, der am Wege fällt, gibt es einen anderen, der seinen Platz einnimmt.» Valpreda wurde in der Erklärung nicht erwähnt.



Der 31jährige Tänzer Pietro Valpreda, Mitglied einer Anarchistenorganisation, soll die Bombe in der Mailänder Bank gelegt haben. **Keystone-Funkbild**

## Smrkovskys politische Karriere zu Ende

Der frühere tschechoslowakische Parlamentspräsident Josef Smrkovsky, einer der maßgeblichen Reformer des «Prager Frühlings» von 1968, hat seine politische Karriere beendet. Zusammen mit zehn andern Abgeordneten legte er am Mittwoch in einer Sitzung der Bundesversammlung in Prag sein Mandat nieder, nachdem er im Laufe dieses Jahres bereits alle leitenden Funktionen verloren hatte.

Prag, 17. Dez. (UPI) Smrkovsky, einer der führenden Reformpolitiker der CSSR, hatte bereits am 15. Oktober das Amt des Vorsitzenden der Volkskammer aufgegeben. Unter den zehn andern Parlamentariern, die ihr Mandat zur Verfügung stellten, befinden sich Liberales wie Marie Mikova und Frantisek Schorm. Auf der Tagesordnung der Volkskammersitzung stehen unter anderem Gesetzesvorlagen, die Veränderungen im Rechtswesen betreffen, sowie über die Behandlung tschechoslowakischer Staatsbürger, die von Auslandaufenthalten nicht zurückgekehrt sind.

Ebenfalls am Mittwoch hat der Präsident der tschechoslowakischen Bundesversammlung, Dalibor Hanes, im Parteigorgan «Rude Pravo» «Opposition und passiven Widerstand» unter den Wissenschaftlern heftig kritisiert. Die «Stagnation» an den Universitäten dauere an. Hanes forderte die Wissenschaftler auf, daß sie unkorrekte Einstellungen aufgeben und daraus «die notwen-

digen politisch-organisatorischen und persönlichen Konsequenzen» ziehen.

**Völlige Kontrolle der CSSR-Universitäten durch die Regierung**

(UPI) Die völlige Kontrolle der Universitäten durch die Regierung sieht ein neues Gesetz vor, dem am Dienstag die Kulturausschüsse beider Häuser des tschechoslowakischen Bundesparlaments in Prag zustimmten. Wie «CTK» berichtete, muß der Entwurf, eine Novelle zum Erziehungsgesetz von 1966, noch vom Plenum beider Parlamentskammern verabschiedet werden. Aus dem Entwurf geht u. a. hervor, daß die Erziehungsminister der tschechischen und slowakischen Republik künftig Professoren aufgrund ihrer politischen Meinung entlassen oder einstellen können, wenn sie Entscheidungen des akademischen Rats nicht ausführen.

**Kadar in Prag**

ag. (DPA) Der ungarische Parteichef